

**Gewerbepolitik von Land und Bezirk zulasten sozialer und gemeinnütziger Initiativen
am Beispiel der Kreuzberger Fontanepromenade 15 in Berlin -
Investoren- vor Bürgerschaftsinteressen!**

Die Fontanepromenade war von 1938 bis 1945 die "Zentrale Dienststelle für Juden" des Berliner Arbeitsamtes , mindestens 26.000 Berliner Jüdinnen und Juden wurden von hier aus zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft als NS-Zwangsarbeiter in die sogenannten kriegswichtigen Betrieben der Stadt geschickt.

Nach Ende des faschistischen Kriegs und Entlassung aus der treuhänderischen Verwaltung durch die Alliierten 1951 wurde Grundstück und Immobilie als Besitz einer US-Mormonengemeinde mit einem Kaufpreis von gut 38.000 DM ins Grundbuch eingetragen und bis 2011 genutzt.

Die weitere Chronologie der Besitzverhältnisse um den noch bestehenden Haupttrakt gestalteten sich nach vorbehaltlichen Erkenntnissen des Vereins <Gedenkort Fontanepromenade 15> e.V. seit 2011 als äußerst konspirativ.

In einem seit 2012 geführten Verfahren vor dem Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg zur Prüfung des Eigentumsanspruchs an der Fontanepromenade 15 zwischen einer US-Erben- und einer deutschen Mormonengemeinde war eine gerichtliche Einverständnis-Erklärung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg juristisch zwingend notwendig, um den Grundbucheintrag eines neuen Eigentümers im November 2014 zu ermöglichen.

Nicht erst zu diesem Zeitpunkt stellte sich für die interessierte Öffentlichkeit, darunter die wenigen überlebenden Berliner Zwangsarbeiter, die Frage, warum der Bezirk aufgrund der geschichtlichen Relevanz der Immobilie nicht einen Eigenanspruch anmeldete. -

Denn trotz des laufenden Verfahrens vor dem AG wurde das Grundstück bereits am 10.10.2013 einer „Jahnel und Weber 1.Vermögensverwaltung GmbH“, die erst am 19.7.2013 in Schönefeld gegründet wurde, zur Vermarktung überlassen - Erzielter Kaufpreis: 290.000 Euro - während der Bezirk noch 2013 eine temporäre Installation mit feierlicher Einweihung im Zuge des Themenjahres „Zerstörte Vielfalt“ am historischen Ort sponsorte.-

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg förderte also parallel seit 2011 Privatisierung und spekulative Verwertung des Grundstücks und stellte sich in der Öffentlichkeit gleichzeitig als Bewahrer des historischen Erbes der Geschichte des Bezirks dar...welche Janusköpfigkeit!

Der Bremer Gesellschafter diverser Immobilien auf Norderney und heutige Besitzer, Marc Brune, erwarb Grundstück und Immobilie im Juli 2015 für die "Fontanepromenade 15 GbR" zu einem „Spottpreis“ von nunmehr 700.000 Euro von der Schönfelder Immobilienklitsche, am 26.08.2016 erteilte das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg die Baugenehmigung für den "Umbau der früheren

Sakralräume in Wohn- und Büroräume"ab Oktober 2016. - So funktioniert Bodenspekulation!

Die aus den ersten öffentlichen Bürgerprotesten gegen den Umbau des Hauses hervorgegangene Initiative und gemeinnützige Verein <Gedenkort Fontanepromenade 15> e.V. nahm ab Dezember 2016 Kontakt mit dem neuen Immobilienbesitzer nunmehr wegen der Vermietung einer Haushälfte zu gedenkpolitischen Zwecken auf. Die Initiative entwickelte auch ein stadtpolitisches und wissenschaftlich-pädagogisches Konzept zur systematischen Erforschung der von diesem Haus ausgehenden jüdischen Zwangsarbeit während des deutschen Faschismus, für das sie einen Haushaltstitel im Doppelhaushalt 2018/2019 des Landes Berlin erstritt.

Vor diesem Hintergrund gelang es dem Verein im August 17, dem Eigentümer der Immobilie eine verbale Zusage abzurufen, dass er bevorzugt an den Verein vermieten würde - Seine Preisvorstellung :16,- €/m² !

Der Verein erfuhr über eine Pressemitteilung vom 04.05.2018 der Berliner Senatskulturverwaltung, die dem Verein zwischenzeitlich eigenmächtig das Verhandlungsmandat mit dem Vermieter entzogen hatte, offiziell vom Scheitern der Gespräche über einen Mietvertrag und begründete das Scheitern der Gespräche mit dem Hauseigentümer im Wesentlichen mit einer nunmehr auf 20,-€/qm gestiegenen Mietforderung aufgrund der Inanspruchnahme eines Vorsteuerabzugs des Vermieters, womit dieser einen Teil seiner Umbau-und Modernisierungskosten bei Baubeginn steuerfinanziert hätte. Dadurch sei der Investor verpflichtet gewesen, an einen gewerblichen Mieter Umsatzsteuer pflichtig zu vermieten.- Die Senatsverwaltung unterstützt also mit ihrem Verhalten die Argumentation privater Investoren zugunsten Privatisierung und höherer Umsatzsteuer pflichtiger Mieten, die soziale und gemeinnützige Initiativen bei der Anmietung von Räumen gegenüber gewerblichen Mietinteressenten systematisch ausgrenzen. - Wir nennen es schlicht Subventionierung privater Bauvorhaben auf Kosten und zulasten der Interessen der Allgemeinheit!

Wir fordern

- einen im Kreuzberger Kiez verankerten Gedenk- und Forschungsort <Fontanepromenade 15>!**
- bezahlbare Arbeits-und Sozialräumen für Kleingewerbe und soziale Initiativen!**
- die Abschaffung der Teile des Steuer-und Baurechts, die soziale und gemeinnützige Initiativen systematisch gegenüber gewerblichen Mietern benachteiligen!**

Gegen die kapitalistische Umstrukturierung unserer Städte!!!